So nicht, GroKo!

Ob in Hamburg oder im Bund: keine Fortschritte für die Bildung

Die bildungspolitische Situation in Hamburg wird 2014 durch die große Koalition auf Bundesebene und natürlich durch die SPD-Alleinregierung hier in Hamburg geprägt sein.

Karikatur: Woessner

Die SPD hat bei ihren Koalitionsverhandlungen einen Teil der Gewerkschaftsforderungen bedient, in erster Linie wurde dabei an die Industriegewerkschaften gedacht. Die Einführung des Mindestlohns und die Beschränkung der Leiharbeit sind hier zu nennen. Allerdings sucht man vergeblich nach Maßnahmen, die den Niedriglohnsektor generell bekämpfen. Ein ähnliches Spiel bei den Renten: Mütterrente, der abschlagsfreie Ausstieg aus dem Arbeitsleben zwischen 63 und 65 nach 45 Beitragsjahren und eine Mindestrente für Niedriglöhner_innen, aber keine generelle Umsteuerung in der Rentenpolitik. Sowohl die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent des durchschnittlichen Einkommens bis ins Jahr 2030 und die Rente grundsätzlich erst ab 67 Jahren werden im Koalitionsvertrag weiterhin als richtige Schritte begriffen. Die DGB-Senior_innen kritisieren deshalb zu recht, dass damit eine zunehmende Ausweitung der Altersarmut vorprogrammiert wird.

Den Bildungsbereich hat die SPD bei ihren Verhandlungen nicht in den Mittelpunkt gestellt. Das Kooperationsverbot, das dem Bund untersagt, die Länder in der Bildung systematisch finanziell zu unterstützen, ist nicht aufgehoben. Eine Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagsschulen und der Schulsozialarbeit ist nicht in Sicht. Über das Thema Inklusion, inklusive Bildung hat man – nach allem, was aus den Koalitionsrunden bekannt wurde – gar nicht gesprochen. Und am Ende hat man auch die Bafög-Reform und Anhebung des Bafögs, worüber sich Union und SPD angeblich bereits einig waren, nicht mit in den Koalitionsvertrag genommen. Auch das hätte ja ein Beitrag des Bundes zum sozialen Ausgleich im Bildungswesen sein können. Übrig bleiben die für den Bildungsbereich versprochenen sechs Mrd. Euro auf die gesamte Legislaturperiode und alle Bundesländer verteilt. Damit sollen Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Ganz gleich nach welchem Verfahren die Gelder verteilt werden, wird es nicht einmal dazu reichen, den Sanierungsstau bei den Räumlichkeiten der Bildungseinrichtungen aufzulösen. Im Wissenschaftsbereich hat man sich im Koalitionsvertrag auf eine Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative mit drei Mrd. Euro festgelegt. Eine Zusicherung auf Zeit, aber leider nicht dauerhaft. Bundesweit müssen wir uns – mehr oder weniger – auf einen vierjährigen Stillstand in der Bildungspolitik einstellen, wenn nicht nachgearbeitet wird.

Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern haben wir in Hamburg noch keinen demographischen Wandel zu verzeichnen. Die Hamburger Bevölkerung wächst insbesondere aufgrund von Zuzügen. In der ersten Jahreshälfte 2013 zogen über 44 000 Personen in die Hansestadt. Insgesamt – Geburten und Todesfälle, Zu- und Fortzüge eingerechnet – wuchs die Hamburger Bevölkerung auf mittlerweile 1,743 Mio. Wir können also nicht damit rechnen, dass durch weniger Schüler_in-

nen und gleichbleibende Anzahl von Pädagog_innen eine bessere personelle Ausstattung entsteht. Hamburg ist eine wachsende Stadt, die weiter wachsen wird. Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass die Sparauflage – 0,88 Prozent in jedem Bereich – des Senats mit dem Verweis auf die Schuldenbremse weiter durchgesetzt wird. Bisher ist auch die BSB nicht von dieser Sparquote ausgenommen. Das bedeutet – bei voraussichtlich wachsenden Schüler_innenzahlen – einen weiteren Abbau von Qualität im Bildungsbereich. Bei all den laufenden Maßnahmen z.B. in Sachen Ganztag und Inklusion von einem Schulfrieden zu sprechen, zuletzt von Olaf Scholz im Hamburger Abendblatt vom 20.12.2013, soll alle Beteiligten im Bildungsbereich beruhigen. Eltern, Schüler_innen, Pädagog_innen und andere Beschäftigte wissen aber, dass die chronische Unterfinanzierung im Bildungsbereich zu ihren Lasten geht. Ganztag, Inklusion und die Diskussion um G8/G9 bergen weitere Aufgaben und Vorkehrungen, die mehr Arbeits-

RANKING

Moderne Zeiten

Mit der Veröffentlichung der Abiturnoten geht der Kampf um die Bildungschancen in die nächste Runde

„Immer mehr Abiturienten und bessere Noten der Absolventen“ – Mit diesem Aufmacher fasst das HA in seiner Samstagsausgabe vom 10.1.2014 das Ergebnis einer großen Anfrage der Bürgerschaftsabgeordneten Prien, Heinemann, Scheuerl und der CDU-Fraktion zusammen (Drucksache 20/10116) und druckt dazu eine Liste von 96 STS und Gymnasien ab, sortiert nach dem Durchschnittswert der Abiturnoten 2007/8 bis 20012/13.

Endlich hat die CDU das lang ersehnte Schul-Ranking in der Öffentlichkeit! Rechtzeitig genug, um das Anmeldeverhalten der Eltern zu beeinflussen. Pauschal betrachtet: Gymnasien oben, Stadtteilschulen unten. Das wird vermutlich den Run auf die Gymnasien noch weiter verstärken. Will die CDU das? Kann es im Interesse der Hamburger Bevölkerung sein, wenn die STSn zu Restschulen abgestempelt werden, die zudem fast ausschließlich die Aufgabe der Inklusion schultern müssen?

Was zeigt das Ranking nach Abinoten?

1. Die Durchschnittswerte aller Schulen haben eine Zwei vor dem Komma (mit einer Ausnahme). Die Hälfte aller Schulen haben bessere Durchschnittswerte als 2,5.
2. Die meisten STSn haben im Nachkommastellenbereich schlechtere Werte als die Gymnasien, mit Ausnahme einiger „Leuchtturmschulen“.

Schöne Aussichten

Das liegt vor allem daran, dass kaum ein_e Schüler_in an den Stadtteilschulen eine gymnasiale Empfehlung hat. Viele Stadtteilschulen waren Haupt- und Realschulen. Deren Schülerschaft strebt in stärkerem Maße als früher das Abitur an.
3. Gleichermaßen bei Gymnasien und Stadtteilschulen spiegelt die Rankingliste der Abiturdurchschnittsnote vor allem die regionalen sozialen Verhältnisse der Stadt wider. Gerade aus diesem Grund hat die GEW immer vor den Gefahren eines öffentlichen Schulrankings gewarnt.
4. Die Behauptung, das Niveau des Hamburger Abiturs sei (noch weiter) gesunken, kann durch die Antwort des Senats auf die Anfrage der CDU nicht bewiesen werden und bleibt somit gebetsmühlenartig wiederholter bildungspolitischer Populismus.

Zurück zum Abendblatt-Aufmacher „Immer mehr Abiturienten“: An dieser Aussage zeigt sich wieder einmal die uralte Furcht von Teilen des Bildungsbürgertums vor einem Bildungssystem, das ihren Kindern den exklusiven Zugang zu höher dotierten Berufen streitig macht. Eine Furcht, die übrigens völlig unbegründet ist, denn in keinem europäischen Land ist die soziale Herkunft der Kinder bedeutsamer für deren Bildungserfolg als in Deutschland.

Mal abgesehen von Notendurchschnitten und Tests: Mehr Abiturient_innen, das heißt, mehr junge Menschen gehen länger zur Schule und nutzen damit die Chance, ihre Bildung zu erweitern. Manche merken erst ab 17, wie bereichernd das ist. Was gibt es daran zu kritisieren?

WOLFGANG BRANDT
Fachgruppe Gymnasien

belastung für alle Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen mit sich bringt.

Die SPD kann in Hamburg umsteuern. Noch hat sie bis zu den nächsten Bürgerschaftswahlen 2015 Zeit zu zeigen, dass sie tatsächlich die Spaltung dieser Stadt in Arm und Reich bekämpfen will. Das fängt bei der Bildung an. Jede Investition in diesem Bereich ist eine Investition in die Zukunft, eben auch in die Zukunft dieser Stadt.

Unter diesen Vorzeichen sind die Personal- und Betriebsratswahlen und Tarifverhandlungen im ersten Halbjahr 2014 anzugehen. Im Rahmen dieser gewerkschaftlichen Felder wird die GEW besonders die Themen Inklusion, Ganztag, Arbeitszeit, Arbeitsbelastung, Gesundheit und Entgelt in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus werden wir natürlich die Einführung des neuen Personalvertretungsgesetzes und die Novellierung des Hochschulgesetzes begleiten.

ANJA BENSINGER-STOLZE
1. Vorsitzende

Zur Dynamik der sozialen Spaltung der Stadt und damit der Schüler_innenschaft

- In 18% aller Hamburger Familien ist keine Person erwerbstätig.
- Zum Ende des Jahres 2008 ist über ein Viertel der Kinder im Alter von null bis sechs Jahren ganz oder teilweise von staatlicher Unterstützung abhängig.
- In den Stadtteilen Dulsberg, Veddel, Billstedt und Jenfeld ist mehr als die Hälfte dieser Kinder auf Unterstützung angewiesen.
- Bei der Anmelderunde für die fünften Klassen im Februar 2013 haben sich 46,5 Prozent der Eltern für die Stadtteilschule und 52,6 Prozent der Eltern für das Gymnasium entschieden.
- 6 Prozent der Stadtteilschüler_innen und 75 Prozent der Gymnasialschüler_innen haben am Ende ihrer Grundschulzeit eine Gymnasialempfehlung erhalten.
- Im Schuljahr 2009/2010 gab es insgesamt 1382 Schulformwechsel innerhalb der allgemeinbildenden Schulen, wovon mehr als zwei Drittel davon Wechsel vom Gymnasium zu den ‚Vorformen' der Stadtteilschulen (den Haupt-, Real- und Gesamtschulen) waren.
- Der Anteil an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf betrug 2013 12,6 Prozent (davon 10,6 Prozent in den Förderbereichen Lesen, Sprache und emotionale Entwicklung). Nahezu alle diese Kinder sind in die Stadtteilschulen gewechselt, sodass der Anteil dort nahezu bei 25 Prozent (!) liegt.

Die Verteilung der Schulen nach Sozialindizes (KESS 1-6) im März 2013 stellt sich wie folgt dar:

- Drei der insgesamt 59 Gymnasien (ca. 5 Prozent) sind im unteren Bereich des Sozialindexes (Bereich 1 und 2) angesiedelt, aber 45 Gymnasien (ca. 76 Prozent) im oberen Bereich (5 und 6) eingeordnet.
- 26 der 57 Stadtteilschulen (ca. 45 Prozent) liegen im unteren Bereich des Sozialindex, während nur acht Schulen (ca. 14 Prozent) im oberen Bereich sind. Alarmierend ist, dass sich die Zahl der Stadtteilschulen mit dem Sozialindex 1 und 2 gegenüber der letzten „KESS-Justierung" von 13 auf 26 Schulen verdoppelt hat.
- Zum Zusammenhang zwischen sozialer Lage der Familien und dem Bildungserfolg der Kinder siehe den Beitrag von Klaus Bullan zu den jüngsten Pisa-Ergebnissen auf Seite 38.

Im Jahr 2012 wechselten 488 Schüler_innen (8 Prozent des Gymnasialjahrgangs) auf die 7. Klasse einer Stadtteilschule. Die Statistik für diese Jahr steht noch aus

Quellen: Bildungsbericht der BSB von 2011, alle übrigen Angaben zitiert nach: Standortbestimmungen Stadtteilschulen in Hamburg, Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V., GGG, Landesverband Hamburg, Stand September 2013